

Materialien für die Arbeit vor Ort

Nr. 9

Türkische politische Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland

Canan Atilgan

Vorwort

Die Konrad-Adenauer-Stiftung setzt aus gutem Grund einen besonderen Schwerpunkt in der kommunalpolitischen Arbeit. Die Arbeit vollzieht sich sowohl in der eigenen Hauptabteilung Kommunalpolitik im Bereich Forschung und Beratung als auch in den Bereichen Politische Bildung und Internationale Zusammenarbeit. In einer „Koordinierungsgruppe Kommunalpolitik“ werden die Aktivitäten miteinander abgestimmt.

Mit den „Materialien für die Arbeit vor Ort“ bereiten wir zu aktuellen Themen wichtige Informationen in handhabbarer Form auf, so daß sie in der kommunalpolitischen Praxis nutzbar sind.

Die Integration der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland leben, ist in ganz erheblichem Maße eine Aufgabe, die unsere Städte und Gemeinden fordert. Darunter bilden die ca. zwei Millionen Türken bei weitem die größte Gruppe. In diesem Bereich haben sich im Laufe der Jahre auch eine Vielzahl von Organisationen gebildet, die für den Außenstehenden nur schwer einzuordnen sind.

Die vorliegende Übersicht gibt eine Hilfe für die praktische Integrationsarbeit vor Ort. Sie wurde erstellt von Canan Atilgan, die von 1994 – 1999 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Deutschen Bundestag war und jetzt an ihrer politikwissenschaftlichen Dissertation arbeitet. Sie ist außerdem Mitglied des Gesprächskreises „Türken in Deutschland“, den die Konrad-Adenauer-Stiftung vor zwei Jahren eingerichtet hat.

Für die Zusammenstellung der vorliegenden Informationsschrift gebührt Frau Atilgan besonderer Dank.

Dr. Stephan Eisel
Leiter der Hauptabteilung Kommunalpolitik
und der Koordinierungsgruppe Kommunalpolitik
der Konrad Adenauer-Stiftung e.V.

Türkische politische Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland

I. Einführung

In ihrer rund 40jährigen Migrationsgeschichte haben die türkischen Zuwanderer und ihre Nachkommen ein weites Netz eigener Organisationen etabliert, die von der lokalen bis auf die nationale Ebene reichen. Es sind Selbstorganisationen, die die gesamte Bandbreite kultureller, religiöser und politischer Interessen der türkischen Migranten repräsentieren. Sie reichen von völlig unpolitischen Kulturvereinen über Organisationen, die nur Integrationspolitik betreiben, bis hin zu nationalistischen und religiösen extremistischen politischen Organisationen.

Die genaue Zahl türkischer Vereinigungen auf bundesdeutschem Gebiet kann nicht ermittelt werden, Schätzungen bewegen sich bei mehreren Tausend. Viele dieser Vereine haben sich regional oder überregional in Dachorganisationen zusammengeschlossen. Ähnlich schwierig ist eine präzise Angabe über den Anteil der in Deutschland lebenden türkischen Bevölkerungsgruppe, der in Vereinen organisiert ist, oder von ihnen angesprochen wird.

Zum einen sind die Selbstorganisationen eine institutionelle Antwort auf die Bedürfnisse der türkischen Migranten im Einwanderungskontext. Zum anderen sind sie aber auch eine Verpflanzung sozialer und politischer Beziehungen aus dem türkischen Herkunftsland, wenn auch keine bloße Fortsetzung alter Formen, da auf die Bedingungen des Einwanderungskontextes reagiert wird. Der Prozeß der Bildung von Selbstorganisationen ist dynamisch und längst nicht abgeschlossen.

Die Mehrzahl der gesellschaftlichen Organisationen bilden Kulturzentren, Moscheevereinigungen oder funktionale Zusammenschlüsse, wie Unternehmer-, Studenten- und Elternvereine, die multifunktional agieren.¹ Eine präzise Trennung türkischer Organisationen nach Zielen, ideologischer Ausrichtung oder Aktivitäten ist nicht möglich. Dies hängt in erster Linie mit der Tatsache

¹ Vgl. Ertekin Özcan, Die türkische Minderheit, in: Cornelia Schmalz-Jacobsen/Georg Hansen (Hrsg.), Ethnische Minderheiten in Europa, München 1995, S. 511-527, S. 525.

zusammen, daß die Organisationen - unabhängig von ihrem politischen Standpunkt - auf die Bedingungen in beiden Ländern reagieren und Stellung beziehen, da türkische Migranten in Beziehung sowohl zum Herkunftsland als auch zum Aufenthaltsland stehen. So haben politische Organisationen, die ursprünglich rein herkunftslandorientierte Politik betrieben, mit der Einsicht des dauerhaften Verbleibs der türkischen Bevölkerungsgruppe in Deutschland, migrationsspezifische Aktionen entwickelt, entweder um die Herkunftsidentität zu erhalten und zu pflegen oder die Integration der Migranten in die deutsche Gesellschaft zu erleichtern bzw. um die Interessen der Migranten in Deutschland – soziale, rechtliche und politische Gleichstellung - zu fördern.

Die Aktivitäten einer großen Zahl von Dachorganisationen sind diasporapolitisch ausgerichtet, d.h. sie richten sich sowohl auf die deutsche Politik und Gesellschaft als auch auf Kontakte zu gesellschaftlichen oder staatlichen Akteuren in der Türkei. Es wird versucht Einfluß auf die deutsche Politik und Öffentlichkeit zugunsten bzw. zuungunsten des Heimatlandes oder bestimmter politischer Konstellationen dort auszuüben. Die Politik in der Türkei wird Gegenstand versuchter Einflußnahme oder Kritik und von türkischen staatlichen Stellen wird Unterstützung erwartet, wenn es um die Verbesserung der Lage der türkischen Migranten in Deutschland geht. Zugleich kann es zur Austragung politischer Konflikte kommen, die ihren Ursprung in der Türkei haben.

Kulturzentren

Kulturzentren und Moscheevereinigungen fungieren zum einen als eine Art „Zuhause in der Fremde“, indem sie ihre Aktivitäten auf den Erhalt von kulturellen und religiösen Werten der Herkunftsidentität richten. Zum anderen versuchen sie, durch Beratungs- und Bildungsangebote den Zugang der türkischen Migranten zu den institutionellen Gegebenheiten in der deutschen Gesellschaft zu verbessern.² Von großer Bedeutung sind diese Vereinigungen für die Entwicklung der Denkmuster und Wertorientierungen der türkischen

² Vgl. Jürgen Fijalkowski/Helmut Gillmeister, Ausländervereine – Ein Forschungsbericht. Über die Funktion von Eigenorganisationen für die Integration heterogener Zuwanderer in eine Aufnahmegesellschaft am Beispiel Berlins, Berlin 1997, S.209

Migranten, weil bei ihren Tätigkeiten die Binnenintegration als Heimat in der Fremde im Vordergrund steht.

Diese Organisationen unterhalten aber kaum oder nur begrenzt Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern der deutschen Politik und zu gesellschaftlichen Organisationen in Deutschland. Dementsprechend sind solche Vereinigungen ein Teil des deutschen Alltagslebens ohne zur Überwindung der auf beiden Seiten herrschenden Entfremdungsgefühle beizutragen. Sie fördern vielmehr die Etablierung einer türkischen Parallelgesellschaft.

Einige dieser Organisationen, die sich primär um die religiösen und kulturellen Belange der türkischen Migranten bemühen, sind politisch und weltanschaulich nicht neutral; sie entwickeln und vertreten durchaus politische Positionen, die als fundamentalistisch oder nationalistisch anzusehen sind, und verbreiten das jeweilige Gedankengut. Als Beispiel können hier religiöse Vereine angeführt werden, die fundamentalistisch geprägten islamischen Religionsunterricht erteilen.

Türkeibezogene politische Organisationen

Genuine politische und soziale Gegensätze in der Türkei, wie die Rechts-Links-Polarisierung, die Auseinandersetzungen zwischen Laizisten und Islamisten, die Differenzen zwischen Sunniten und Aleviten und das türkische Kurdenproblem werden innerhalb der türkischen Gesellschaft in der Bundesrepublik reproduziert.³ Die im Vergleich zum türkischen politischen System weitaus liberaleren Bedingungen in der Bundesrepublik bewirken teilweise, daß politische Differenzen innerhalb der türkischen Migranten viel stärker und offener akzentuiert werden, als die gleichen Gegensätze in der Türkei artikuliert werden könnten. Parallel zu Polarisierung und Ausdifferenzierung der politischen Parteien und Organisationen in der Türkei nach ideologischen Mustern entstanden auch in der Bundesrepublik links- bzw. rechtsgerichtete

³ Vgl. für einen Überblick dazu, Udo Steinbach, Die Türkei im 20. Jahrhundert. Schwieriger Partner Europas, Bergisch-Gladbach, 1997, S. 423ff.

und islamistische Vereinigungen und Dachorganisationen, die bis Mitte der 80er Jahre fast ausschließlich herkunftslandbezogen waren.

Rückkehrabsichten einerseits und mangelnde Kenntnisse der sozialen und politischen Umwelt in der Bundesrepublik andererseits blockierten den Zugang zum deutschen politisch-gesellschaftlichen System. Analog dazu waren die Aktivitäten dieser Organisationen auf die Verbreitung politischer Überzeugungen und Ideologien innerhalb der türkischen Migranten zur Unterstützung ihrer Mutterparteien bzw. Organisationen in der Türkei ausgerichtet.⁴

Die meisten türkischen Organisationen, die in dieser Phase entstanden, bestehen nicht mehr in ihrer ursprünglichen Form weiter. Mit der Veränderung des Einwanderungskontextes, aber auch der innenpolitischen Verhältnisse in der Türkei haben sich auch Zielsetzungen und Aktivitätsformen der Organisationen gewandelt bzw. erweitert. Während das linksextremistische Potential im Zusammenhang mit der Beendigung des Ost-West-Konflikts deutlich zurückgegangen ist, kann bei fundamentalistischen sowie türkischen und kurdischen nationalistischen Organisationen von einer Intensivierung der Tätigkeit und steigendem Zuspruch von seiten der türkischen bzw. kurdischen Bevölkerungsgruppe ausgegangen werden.

Gegenüber den mitgliederstarken und nur wenige Organisationen umfassenden nationalistischen und religiösen Spektren ist die türkische Linke in vielfältige Gruppen zersplittert. Nach Angaben des Verfassungsschutzes sind seit Mitte der 80er Jahre die Mitgliederzahlen dieser Organisationen kontinuierlich zurückgegangen.⁵

Türkische Gemeinden

⁴ Vgl. zu politischen Organisationen in den 70er und 80er Jahren: Ertekin Özcan, Türkische Immigrantensorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1989, S. 337f.

⁵ Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzberichte ab 1985.

In den Organisationsmotiven setzte in den 80er Jahren eine migrationspezifische Umorientierung ein.⁶ Die Transformation von der reinen Arbeitergesellschaft in eine eingewanderte Minderheit hatte auch Folgen für das Selbstverständnis und die Organisationsstruktur der türkischen Migranten. Es vollzog sich ein Übergang von politisch nur auf die Türkei ausgerichteten Organisationsmotiven und –formen zur Etablierung von Interessenorganisationen, wobei der Übergang hier nicht als Ablösung der herkunftslandpolitisch orientierten Organisationen bzw. Organisationsaktivitäten zu verstehen ist.

Ein großer Teil dieser Organisationen, die sich unter dem Sammelbegriff „türkische Gemeinden“ subsumieren lassen, begreift sich von seinem Selbstverständnis und seinen Zielsetzungen als Interessenvertretung türkischer Migranten, d.h. einer auf den Verbleib eingerichteten Gruppe. Sie orientieren sich primär an der Problematik der Einwanderung und den Bedingungen und Erwartungen des Einwanderungslandes und erfüllen eine Vermittlungsfunktion zwischen der deutschen Aufnahmegesellschaft und den türkischen Migranten. Die Aktivitäten sind entsprechend auf integrationspolitische Ziele, wie die politisch-rechtliche Gleichstellung türkischer Migranten, gerichtet.

Parteinahе Deutsch-Türkische Organisationen

Neben solchen Organisationen, die ohne festgelegte parteipolitische Präferenzen wirken, entstand in den 90er Jahren eine neue Gattung von Organisationen, die sich aus dem wachsenden Interesse für deutsche Politik als Folge der Einsicht des dauerhaften Verbleibs in Deutschland und der steigenden Zahl der Einbürgerungen ergibt. So wurden zunehmend Initiativen zur Integration der türkischstämmigen Bevölkerung in die politischen Parteien Deutschlands ins Leben gerufen.

1993 wurde die FDP-nahe „Liberale-Türkisch-Deutsche Vereinigung“ (LTD) eingerichtet. Ihr folgte die Gründung entsprechender CDU-naher Foren. In Berlin entstand die „Deutsch-Türkische Union“ (DTU), gefolgt vom „Deutsch-

⁶ Vgl. Ertekin Özcan, a.a.O., 1989, S. 313ff.

Türkischen Forum“ (DTF) in Nordrhein-Westfalen und von der „Deutsch-Türkischen Interessengemeinschaft“ (DTI) in Hamburg. Dies ist ein Prozeß zur Förderung der Partizipation der türkischen Bevölkerungsgruppe am politischen Geschehen in der Bundesrepublik, der derzeit zwar noch in den Anfängen steckt allerdings Zeichen für die Zukunft setzen kann.

II. Überblick über ausgewählte politische Organisationen

Im folgenden soll ein Überblick über die wichtigsten Organisationen – insbesondere Dachverbände – gegeben werden, die in irgendeiner Weise politisch tätig sind.

1.) Religiös motivierte Organisationen

Es ist unbestritten, daß die islamistische Mobilisierung, die in ihren Organisationsformen äußerst vielfältig auftritt, ein Ausdruck von Diasporapolitik ist. Die Anbindung an das Herkunftsland, an die dort praktizierte Form des Islam sowie die damit verbundenen religiösen und organisatorischen Strukturen sind hier besonders stark ausgeprägt.⁷ Nach Schätzungen gibt es über 2000 türkisch-islamische Organisationen in Deutschland, deren Mitgliedszahlen insgesamt zwischen 100.000 und 500.000 veranschlagt werden.⁸ Aus verschiedenen Gründen ist es äußerst problematisch genaue Angaben über die Mitgliedszahlen zu machen: teilweise kennen Organisationen selbst nicht die genauen Zahlen, oder es wird nicht zwischen Mitgliedern und Moscheebesuchern unterschieden; oder es werden übertriebene Angaben gemacht. Spuler-Stegemann weist auch darauf hin, daß in der Regel nur erwachsene Männer Mitglieder von Vereinen werden, de facto aber ganze Familien in diese Mitgliedschaft einbezogen sind.⁹ Die lokalen Vereine sind meist in Dachorganisationen integriert und werden zentral gesteuert. In einigen Fällen sind die „Zentralen“ ihrerseits Mitglied einer internationalen Organisation oder/und stehen einer nationalen Institution oder einer politischen Partei in der Türkei nahe.¹⁰

⁷ Vgl. Udo Steinbach, *Muslimen in Deutschland – Probleme und Chancen eines gedeihlichen Zusammenlebens*, in: Hirschberger Monatszeitschrift des Bundes Neutdeutschland, Jg. 51, Nr. 10, Oktober 1998, S. 695-707, S. 701f.

⁸ Vgl. Yasemin Karaksoglu, *Turkish Cultural Orientation in Germany*, in: David Horrocks/Eva Kolinsky (eds.), *Turkish Culture in German Society Today*, Oxford 1996, S.157-179, S. 168f.

⁹ Vgl. Ursula Spuler-Stegemann, *Muslimen in Deutschland. Nebeneinander oder Miteinander?* Freiburg/Breisgau 1998, S.102, 107f.

¹⁰ Vgl. Ursula Spuler-Stegemann, a.a.O., S.104.

Diyamet Isleri Türk Islam Birliđi (DITIB, Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.)

DITIB Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.

Venloer Str. 160

50823 Köln

Tel: 0221-57 98 20

Fax: 0221-51 58 921

„Diyamet Isleri Türk Islam Birliđi (DITIB)“, die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V. ist der größte islamische Verband im Bundesgebiet. Nach eigenen Angaben hat DITIB über 100.000 Mitglieder in 750 Ortsvereinen.¹¹ Dieser Dachverband fungiert als Auslandsorganisation der türkischen Religionsbehörde „Diyamet Isleri Baskanligi“. Sie wurde als Gegenpol zu islamistisch-extremistischen Organisationen gegründet und vertritt ein laizistisches Islamverständnis im Sinne der offiziellen türkischen Selbstdefinition. Damit ist sie politischen Schwankungen und Bewegungen der türkischen Politik ausgesetzt und kann immer nur so laizistisch sein, wie die türkische Regierung es zulässt.¹² Hinzu kommt eine seit Jahren fortschreitende Unterwanderung durch islamistische und radikal nationalistische Organisationen und Parteien. Es bestehen auch personelle Querverbindungen zu islamistischen Organisationen wie die IGMG.¹³ Die Aktivitäten der DITIB sind vornehmlich auf kulturelle und religiöse Identitätsbewahrung der türkischen Migranten und ihrer Nachkommen ausgerichtet.

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG)

IGMG Islamische Gemeinschaft Milli Görüs

Mehrheimer Str. 229

Postfach 600525

50733 Köln

Tel: 0221-72 25 36

Fax: 0221-73 93 700

¹¹ Vgl. Ursula Spuler-Steger, a.a.O., S. 112.

¹² Vgl. Nils Feindt-Riggers/Udo Steinbach, a.a.O., S.16.

¹³ Vgl. Metin Gür, a.a.O., S. 25ff.

Die gewichtigste nichtstaatliche türkisch-islamische Dachorganisation ist nach Angaben des Amtes für Verfassungsschutz mit 27.000 Mitgliedern die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs“ (IGMG), die 1995 aus der „Vereinigung der Neuen Weltsicht in Europa e.V.“ (AMGT) hervorgegangen ist.¹⁴ Die Organisation hat Einrichtungen in mehr als 270 Städten/Orten im ganzen Bundesgebiet, die nach eigenen Angaben von über 70.000 Personen regelmäßig genutzt wird.¹⁵ Die IGMG kann als die in Deutschland organisierte Version der 1998 in der Türkei verbotenen Refah Partisi (RP) des zeitweiligen türkischen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan betrachtet werden, obwohl eine organisatorische Verbindung von der Führung bestritten wird.¹⁶ Jedenfalls bestehen zur RP - heute Fazilet Partisi - enge personelle Verbindungen. So ist ihr Vorsitzender Mehmet Sabri Erbakan der Neffe des ehem. RP-Vorsitzenden. Der ehemalige Vorsitzende der IGMG Osman Yumakliogullari saß in der letzten Legislaturperiode (1995-1999) für die RP im türkischen Parlament. Die Kontakte zu RP-Funktionären und zur RP-Nachfolgerin, der Fazilet Partisi (FP), setzt die IGMG fort. Die mit großem personellen und materiellen Einsatz betriebene Unterstützung der RP bzw. FP zielt auf politische Veränderungen in der Türkei. Die IGMG strebt nach Angaben des Verfassungsschutzes die Abschaffung der laizistischen Staatsordnung in der Türkei und die Einführung eines islamistischen Staats- und Gesellschaftssystems an. Dabei setzt sie auf die politische und gesellschaftliche Betätigung ihrer Anhänger sowohl in Deutschland als auch in der Türkei. Die Organisation wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz und von mehreren Landesverfassungsschutzämtern als „extremistisch“ eingestuft. Die IGMG richtet sich in ihren Zielsetzungen und Aktivitäten seit langem auch auf die islamistische Erziehungs- und Bildungsarbeit für die in Deutschland lebende türkische Bevölkerungsgruppe. In diesem Sinne bietet die IGMG ein breitgefächertes Programm vor allem für türkische Jugendliche mit dem Ziel, ihnen die islamischen Wertvorstellungen – nach eigenem Verständnis - zu vermitteln und interne Führungskader auszubilden.

¹⁴ Vgl. für eine Beschreibung der Vorgängerorganisationen der IGMG Metin Gür, Türkisch-islamische Vereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt 1993, S. 31-48.

¹⁵ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1997, Bonn 1998, S. 145.

¹⁶ Vgl. Nils Feindt-Riggers/Udo Steinbach, Islamische Organisationen in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme und Analyse, Deutsches-Orient-Institut, 1997, S. 21f.

Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. Köln (ICCB)

ICCB Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. Köln

Neusser Str. 418

50733 Köln

Tel: 0221-76 65 67

In die Rubrik „islamische Extremisten“ ordnet der Verfassungsschutz auch den „Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. Köln (ICCB)“ ein mit etwa 1200 Mitgliedern. Diese Dachorganisation, die vom selbsternannten „Emir der Gläubigen und Kalif der Muslime“, Metin Kaplan, geleitet wird, tritt mit aggressiven Verlautbarungen nach außen. Kaplan fordert kompromißlos ein islamistisches Staatswesen in der Türkei. Hier spielt die Propagierung eines gewaltsamen Kampfes gegen den türkischen Staat eine herausragende Rolle.¹⁷ Kaplan ruft über das Publikationsorgan „Ümmet-i Muhammed“ sowie über die per Satellit bis in die Türkei ausgestrahlte Fernsehsendung „HAKK-TV“ zu gegen die Türkei gerichteten Aktionen auf,¹⁸ obgleich ihm 1996 durch das Ausländeramt der Stadt Köln gemäß §37 AuslG ein politisches Betätigungsverbot auferlegt wurde. Derzeit sitzt Metin Kaplan im Untersuchungshaft wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung. Im Gegensatz zur IGMG, erwächst die Bedeutung der ICCB nicht aus ihrer organisatorischen Stärke hinsichtlich Mitgliederzahlen und Zugangsmöglichkeiten zu politischen Entscheidungsträgern, sondern aus der Tatsache, daß sie Deutschland als Operationsbasis für terroristische Aktivitäten in der Türkei benutzt.¹⁹

¹⁷ Hocaoglu (Kaplan), Cemalettin, Die Rückgabe des Rechts an den Anspruchsteller, Köln 1994, S. 10-14, ders, Die islamische Verfassung, Köln 1995, S. 27-30.

¹⁸ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1998, Bonn 1999, S. 157f.

¹⁹ ebd.

Verband der Islamischen Kulturzentren e.V. (VIKZ)

VIKZ Verband der Islamischen Kulturzentren e.V.

Vogelsangerstr. 290

50825 Köln

Tel: 0221-95 44 100

Fax: 0221-54 26 16

Der Verband der Islamischen Kulturzentren e.V. (VIKZ) mit über 300 lokalen Niederlassungen in der Bundesrepublik gilt als der deutsche Ableger der Süleymanci-Bruderschaft, in der sich islamische Züge mit mystischen Tendenzen vermischen. Von ihrem Selbstverständnis her lehnt der Verband die laizistische Ordnung der Türkei ab.²⁰ Der Schwerpunkt der Arbeit der streng hierarchisch und zentralistisch gegliederten VIKZ liegt in der Durchführung von Korankursen für Kinder und Jugendliche. VIKZ unterhält in Köln auch ein Internat, in dem Imame für die 300 verbandseigenen Moscheen in der Bundesrepublik ausgebildet werden. Der VIKZ bezieht zwar öffentlich keine politische Position, der von ihm erteilte islamische Religionsunterricht wird wegen seines Inhaltes meist als Verbreitung fundamentalistischer Auffassungen bewertet.²¹

Avrupa Alevi Birlikleri Federasyonu (AABF, Föderation der Aleviten-Gemeinden in Europa)

AABF Föderation der Aleviten-Gemeinden in Europa

Stolbergerstr. 317

50933 Köln

Tel: 0221-94 98 560

Fax: 0221-94 98 56 10

Im Zuge der verstärkten Auseinandersetzungen zwischen Aleviten und sunnischen Fundamentalisten in der Türkei und dem parallel zur Entwicklung in der Türkei erstarkten Selbstbewußtsein haben Aleviten in Deutschland seit Anfang der 90er Jahre begonnen, sich politisch zu organisieren. Aleviten sind

²⁰ Vgl. Metin Gür, a.a.O., S.49ff.

²¹ Vgl. Nils Feindt-Riggers/Udo Steinbach, a.a.O., 18f., Ursula Spuler-Stegemann, a.a.O., S.139f.

aufgrund ihrer, sie vom orthodoxen Islam unterscheidenden Grundregeln, Verfechter des laizistischen Staatsverständnisses in der Türkei. Der größte Dachverband, die Avrupa Alevi Birlikleri Federasyonu (AABF, Föderation der Aleviten-Gemeinden in Europa) mit Sitz in Köln vereinigt über 90 in Deutschland ansässige Vereine mit mehr als 100.000 Mitgliedern. Die AABF versteht sich als Vertreter der Interessen der Aleviten sowohl in der Türkei als auch in Deutschland. Die Organisation hat auch den Anspruch, die alevitische Tradition zu pflegen und an die junge Generation in Europa weiter zu vermitteln.²²

2.) Türkisch-nationalistische Organisationen

Avrupa Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu (ADÜTDF, Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa)

ADÜTDF, Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa

Lärchenstr. 99

65933 Frankfurt a.M.

Tel: 069-38 40 56/76

Fax: 069-39 44 91/96

Unter den türkisch-nationalistischen Gruppierungen in der Bundesrepublik ist vor allem die „Avrupa Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu (ADÜTDF)“, bekannt unter dem Namen „Graue Wölfe“ zu nennen. ADÜTDF gibt an bundesweit 180 Vereine zu repräsentieren. Die Zahl der bundesweiten Mitglieder schätzt das Verfassungsschutzamt des Landes Baden-Württemberg um 7000. Die Organisation ist primär nationalistisch, hat aber eine gewisse Hinwendung zum Islam vollzogen. 1996 wurde ein europäischer Dachverband mit Sitz in Köln gegründet. Seitdem nennt sich die ADÜTDF Deutschland-Türkische Föderation (ATF).

²² Vgl. Nils Feindt-Riggers/Udo Steinbach, a.a.O., S. 28f.

Während die ADÜTDF in einigen Landesverfassungsschutzberichten als extrem-nationalistische Vereinigung geführt wird,²³ erwähnen die Bundesverfassungsschutzberichte die Organisation nicht. ADÜTDF steht organisatorisch und ideologisch auf der Traditionslinie der Milliyetçi Hareket Partisi (MHP) des inzwischen verstorbenen Alparslan Türkeş. Die Auswirkungen der Regierungsbeteiligung der MHP auf die Organisation bleibt abzuwarten. Sie versucht sich seit längerem – wie ihre Mutterpartei – als Organisation der politischen Mitte zu präsentieren.

Avrupa Türk İslam Birliği (ATIB, Türkisch-Islamische Union)

ATIB Avrupa Türk-Islam Birliği

Sachsenring 20

50677 Köln

Tel: 0221-31 60 10/18/19

Fax: 0221-32 34 20

ATIB ist die Abspaltung von ADÜTDF und nennt sich heute Türkisch-Islamische Kulturvereine in Europa (TIKDB). Sie vereint nach eigenen Angaben 122 Vereine mit 11.000 Mitgliedern. Der Verband steht wie seine Ursprungsorganisation für eine politisch-kulturelle Synthese von Islam und türkischem Nationalismus, wobei der Islam bei der ATIB stärker betont wird.²⁴ Insofern werden die beiden Organisationen häufig auch unter der Rubrik islamische Organisationen geführt. Die Arbeit in Deutschland ist auf die Pflege des Türkentums bei der jungen Generation gerichtet. Allgemein wird ein Eindruck von einer diskriminierten türkischen Jugend in Deutschland vermittelt.²⁵

Sowohl die ADÜTDF als auch die ATIB vertreten insbesondere in der Kurdenfrage eine unversöhnliche Haltung, die sich u.a. in einer intensiven Propagandatätigkeit gegen tatsächliche oder vermeintliche PKK-Einrichtungen auf dem Bundesgebiet niederschlägt. Feindbild beider Organisationen ist ins-

²³ Vgl. Verfassungsschutzbericht. Baden-Württemberg 1998, S. 125ff.

²⁴ Vgl. Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.), Dialog mit einer neu etablierten religiösen Minderheit in NRW, Essen 1995, S.112.

²⁵ Vgl. Ursula Spuler-Stegemann, S.125f.

besondere die PKK. Deutschland wird beschuldigt, die PKK zu unterstützen und Waffen an sie zu liefern.²⁶

3.) Türkische Organisationen der politischen Mitte

Neben diesen explizit islamisch oder nationalistisch orientierten und mitgliederstarken Organisationen sind auf bundesdeutschem Gebiet Dachorganisationen aktiv, die eher der politischen Mitte zuzuordnen sind.

Sosyal Demokrat Halk Dernekleri Federasyonu (HDF, Föderation sozialdemokratischer Volksvereine der Türkei in Europa e.V.)

HDF Föderation sozialdemokratischer Volksvereine der Türkei in Europa e.V.
Oranienstr. 40
47051 Duisburg
Tel: 0203-33 64 37
Fax: 0203-33 81 59

Zu den ältesten Zusammenschlüssen gehört die 1977 gegründete und an sozialdemokratischen Grundprinzipien orientierte „Sosyal Demokrat Halk Dernekleri Federasyonu (HDF)“ Die HDF steht der sozialdemokratischen CHP in der Türkei nahe und arbeitet in der Bundesrepublik eng mit der SPD zusammen. Sie vereinigt 42 Ortsvereine aus der Bundesrepublik und 8 aus anderen europäischen Ländern.²⁷ In der Vertretung der politischen Interessen der türkischen Bürger und in der Erarbeitung von Lösungsansätzen für deren Probleme sieht die HDF ihre Hauptaufgaben und versucht auf die Ausländerpolitik im Sinne der Durchsetzung von Forderungen nach rechtlicher und sozialer Gleichstellung der Immigranten und Einheimischen– vornehmlich über die SPD - Einfluß zu nehmen.²⁸

²⁶ Vgl. Fikret Karamusaoglu: PKK, Newrus und Deutschland, in: DIALOG, Nr. 3, April 1996, S. 1-24.

²⁷ Angaben des Vorsitzenden der HDF Ahmet Temel.

²⁸ Vgl. HDF? Eine Selbsthilfeorganisation stellt sich vor, Eigendarstellung.

Hür-Türk (Freiheitlich Türkisch-Deutscher Freundschaftsverein e.V.)

Hür-Türk, Freiheitlich Türkisch-Deutscher Freundschaftsverein e.V.

Friedrich-Ebert-Allee 53

53113 Bonn

Tel: 0228-23 34 98

Fax: 0228-23 37 16

Die 1979 gegründete „Hür-Türk“ mit – nach eigenen Angaben - 55 Ortsvereinen und ca. 15.000 Mitgliedern kann man als konservatives Gegenstück zu HDF betrachten. In Hür-Türk sind Türken und Deutsche organisiert. Bis zu seinem Tode war der langjährige CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Hans Stercken Vorsitzender. In enger Zusammenarbeit mit der CDU vertritt sie die Interessen der türkischen Parteien der rechten Mitte. Die Organisation ist vorwiegend um Integrationsarbeit bemüht. Durch gesellschaftliche und kulturelle Aktivitäten sollen deutsche und türkische Mitbürger enger zusammengeführt werden.²⁹ Hür-Türk engagiert sich insbesondere in den Bereichen Jügend Austausch und Bildung. Die Organisation hat nicht den Anspruch, rechtliche oder politische Veränderungen herbeizuführen.

LTD („Liberale Türkisch-Deutsche Vereinigung e. V.“)

Liberale Türkisch-Deutsche Vereinigung e. V.

Postfach 12 23

34568 Homberg / Efze

Tel: 0170-33 43 15 0

Fax: 06102-77 05 07

Die 1993 gegründete Organisation möchte „die Bereitschaft zur gesellschaftspolitischen Interessenvertretung unter den Bürgern türkischer Herkunft fördern“³⁰. Sie unterstützt die F.D.P.-Positionen zur Staatsbürgerschaft und Einwanderung und befaßt sich desweiteren auch mit Deutsch-Türkischen Beziehungen und Fragen des muttersprachlichen Schulunterrichts und des isla-

²⁹ Vgl. Hür-Türk, miteinander – füreinander, Eigendarstellung.

³⁰ Eigendarstellung im Internet

mischen Religionsunterrichts. Die öffentliche Resonanz der Betätigung ist überschaubar.

DTF Deutsch-Türkisches Forum

DTF Deutsch-Türkisches Forum

c/o CDU-NRW

Wasserstraße 5

40213 Düsseldorf

Das 1997 gegründete Deutsch-Türkische Forum besteht aus Mitgliedern türkischer Herkunft und Deutschen, die Mitglied der CDU sind. Nach der Gründung des DTF NRW befindet sich die Organisation bundesweit im Aufbau. Sie sieht sich als Brücke zwischen der CDU und der türkischen Bevölkerung. Als Ziele werden Integration der Türken in Deutschland, Mitarbeit der Türken in der CDU und die Rolle des DTF als Sprachrohr der konservativen Türken angegeben.

4.) Organisationen der politischen Linken

Göçmen Dernekleri Federasyonu (GDF, Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei e.V.)

GDF, Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei e.V.)

Mertensgasse 10

40213 Düsseldorf

Tel: 0211-66 42 84

Fax: 0211-683945

Die „Göçmen Dernekleri Federasyonu (GDF) ist 1987 als Nachfolgeorganisation der FIDEF entstanden, die aus der kommunistischen Tradition hervorgegangen war. Die GDF wurde durch das Bundesamt für Verfassungsschutz bis 1990 in die Rubrik der orthodoxen Kommunisten gezählt. Die Föderation, die derzeit – nach eigenen Angaben - 60 Ortsvereine und 7000 Mitglieder hat,

betrachtet sich heute als parteipolitisch unabhängig und engagiert sich in erster Linie in migrationsspezifischen Arbeitsfeldern.³¹ Sie vertritt eine vollständige rechtliche und politische Gleichstellung. In diesem Sinne fordert die GDF die Gewährung der Bürgerrechte für alle in Deutschland lebenden Immigranten – unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit.

Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V. (DIDF)

DIDF Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V.

Jägerstr. 77

47166 Duisburg

Tel: 0203-53 289

Fax: 0203-53 804

Erwähnenswert ist auch DIDF als weiterer Dachverband mit 30 Ortsvereinen, bei dem die Orientierung an den politischen Verhältnissen im Herkunftsland stärker ausgeprägt ist. Die Organisation steht politisch der sozialistischen Emek Partisi (Partei der Arbeit) in der Türkei nahe. Neben Informations- und Öffentlichkeitsarbeit über die politischen Entwicklungen in der Türkei, liegt der Schwerpunkt der Aktivitäten der DIDF auf Aktionen für gleiche politische und soziale Rechte für Ausländer und Deutsche.³²

5.) Bundesweite Interessenvertretung

Die Zielsetzungen, Arbeitsbereiche und Aktivitäten der Organisationen werden – wie bereits erwähnt - neben der politischen und sozialen Entwicklung in der Türkei auch von der Situation in der Bundesrepublik Deutschland bestimmt. Dementsprechend beeinflussen migrationsspezifische Bedürfnisse und Forderungen Organisationsstrukturen. Bis in die 90er Jahre waren die türkischen

³¹ Vgl. Faruk Sen/Andreas Goldberg, Türken in Deutschland München 1994, S. 105.

³² Vgl. DIDF: Wer wir sind... Was wir wollen... Was wir machen – Eigendarstellung

Migranten nicht fähig, eine gemeinsame nationale Dachorganisation zu gründen, die als designierter Ansprechpartner der türkischen Bevölkerung in der Bundesrepublik gelten könnte. Analog zur Zersplitterung im Bereich der parteipolitischen bzw. ideologischen Organisierung existieren auch hier unterschiedliche Vereinigungen, die miteinander konkurrieren. Dies ist zurückzuführen zum einen auf personelle Faktoren, zum anderen auf politische Differenzen, die ihren Ursprung im Herkunftsland Türkei haben.³³ Seit Anfang der 90er Jahre wurden aber Dachorganisationen gegründet mit dem Anspruch, mit deutschen offiziellen Stellen effektiv im Interesse der türkischen Migranten zu verhandeln.

Rat der Türkeistämmigen Bürger (RTS)

RTS Rat der Türkeistämmigen Bürger

Friedrichstr. 13

35392 Gießen

Tel: 0641-72 738

Fax: 0641-75 653

1993 wurde der „Rat der Türkeistämmigen Bürger“³⁴ (RTS) als lose Vereinigung von 17 türkischen und deutsch-türkischen Mitgliedsverbänden mit ca. 2000 Vereinen unterschiedlicher Orientierung ins Leben gerufen. Die RTS definiert ihr Ziel als „die Wahrung aller Belange der türkischen Staatsbürger in Deutschland und die Unterstützung und Koordinierung von Bemühungen verschiedener Vereine und Verbände“ mit einer langfristigen Wirkung gemeinsamer Willensbildung. Allgemeine politische Forderungen der RTS sind z.B. doppelte Staatsbürgerschaft, Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit und Schutz vor Übergriffen sowie Verbesserung der Situation türkischer Migranten und ihren Nachkommen im sozialen, gesundheitlichen und im Bildungsbereich.³⁵ Nach Angaben des Vorsitzenden ist die RTS an herkunftslandbezo-

³³ Vgl. Heinz Kramer, The Institutional Framework of German-Turkish Relations, unveröffentlichtes Dokument, o.O., Oktober 1997, S.9.

³⁴ Ursprünglich hieß die Organisation „Rat der Türkischen Staatsbürger in Deutschland“. Aufgrund der steigenden Zahl der Einbürgerungen wurde sie 1999 umbenannt.

³⁵ Vgl. RTS, Eigendarstellung 1999.

genen Aktivitäten nicht interessiert. Allerdings sei es oft nicht möglich, sich gegenüber den Entwicklungen in der Türkei zu verschließen.³⁶

Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD)

TGD Türkische Gemeinde in Deutschland

Hospitalstr. 111, Haus 7

22767 Hamburg

Tel: 040-380 91 71

Fax: 040-380 57 28

1995 erfolgte die Gründung der „Türkischen Gemeinde in Deutschland“ (TGD), in der 15 Dachorganisationen - Landesverbände und Berufs- und Fachverbände - mit über 150 Vereinen zu einem Spitzenverband zusammengeschlossen sind. Die entsprechend der föderalen Strukturen der Bundesrepublik organisierte TGD versteht sich als parteipolitisch unabhängige Interessenvertretung der 2,3 Mio. Deutschland-Türken. Im Arbeitsprogramm werden rechtliche Gleichstellung und Gleichbehandlung, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit sowie soziale, wirtschaftliche und kulturelle Bedürfnisse als vorrangige Tätigkeitsfelder bestimmt.³⁷ Im Vergleich zu RTS tritt die TGD aber auch oftmals als Verfechter der Interessen der Türkei auf, wenn es um die deutsch-türkischen oder europäisch-türkischen Beziehungen geht. Die Organisation hat einen speziellen Ausschuß für den partnerschaftlichen Dialog zwischen Deutschland und der Türkei gegründet. In ihrer Satzung hat die TGD festgelegt: „Auseinandersetzungen über türkei- und weltpolitische Probleme gehören nicht zum Aufgabengebiet. Die Türkische Gemeinde kann zu Ereignissen und Entwicklungen in der Türkei Stellung beziehen, wenn diese die Lage der türkischen Minderheit in Deutschland beeinflussen oder gar beeinträchtigen.“³⁸

Die neuen Organisationsformen, die in der RTS und TGD ihren Ausdruck finden, sind der Versuch, eine bundesweite Interessenvertretung der türkischen Migranten zu schaffen, in deren Rahmen verschiedene Aspekte der kulturel-

³⁶ Angaben des Vorsitzenden der RTS, Dr. Yasar Bilgin, April 1999.

³⁷ Vgl. die Eigendarstellung, tgd-Leitfaden/Elkitabı, Hamburg 1996.

³⁸ Vgl. TGD-Satzung §3 Grundprinzipien, Abs.3.

len, rechtlichen und politischen Bedürfnisse artikuliert werden sollen. Durch Bündelung der verschiedenen Interessenvertretungen von Türken in Deutschland wird eine gemeinsame politische Willensbildung angestrebt. In der politischen Praxis erweist sich die TGD allerdings öffentlich wirkungsvoller als RTS. Während sich die RTS vornehmlich auf Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern konzentriert, ist die TGD auch in der Lage durch Verlautbarungen und politische Forderungen öffentlichen Druck auszuüben.

Die Frage ist, inwieweit sich diese Organisationen als mächtige Interessengruppen auf nationaler Ebene profilieren. Die Zusammensetzung der Dachorganisationen aus Verbänden aus den unterschiedlichsten politischen Lagern wirkt sich hinderlich aus, wenn es um die Formulierung gemeinsamer bzw. einheitlicher Positionen geht. Aufgrund dieses Sachverhaltes erscheint die Kohärenz dieser Organisationen im Sinne der Vereinheitlichung der politischen Forderungen derzeit nicht sehr hoch. Da sich die Organisationen nicht in die Politik und Aktivitäten ihrer Mitgliedsverbände einmischen, können sie meist nur auf dem kleinsten Nenner der gemeinsamen Interessen agieren.

6.) Kurdische Organisationen

In engem Zusammenhang mit den politischen Gravitationslinien in der Türkei stehen die kurdischen Organisationen, die auf bundesdeutschem Gebiet aktiv sind. An den Organisationsstrukturen zeigt sich besonders deutlich auch die Existenz einer spezifischen kurdischen Migranten Community in der Bundesrepublik.

Partiya Karkeren Kurdistan (PKK, Arbeiterpartei Kurdistans)

Im Zentrum des kurdischen Spektrums steht die „Arbeiterpartei Kurdistans“, die durch den bewaffneten Kampf die staatliche Selbstverwaltung in einem „freien“ Kurdistan erlangen will. Die PKK tritt aber nicht unter diesem Namen in der Bundesrepublik auf, sondern hat ein vielfältiges und verwirrendes Netzwerk von Teil-, Neben- und Sympathisantenorganisationen aufgebaut. Das gesamte PKK-Netzwerk, dem das BMI insgesamt 35 Teilorganisationen zu-

rechnet, wurde am 26.11.1993 wegen Gefährdung der inneren Sicherheit der Bundesrepublik verboten. Das PKK-Verbot führte zu einer wachsenden Anzahl von Aktivisten und Sympathisanten unter den Kurden und zu Gründungen von Nachfolgeorganisationen unter neuem Namen. Die PKK ist damit in ihren inneren Strukturen im wesentlichen erhalten geblieben und kaum geschwächt.³⁹ Nach Angaben des Verfassungsschutzes hat die PKK rd. 11.000 Mitglieder aber ein Sympathisantenpotential von 50.000. Alle Teilorganisationen bzw. Nachfolgeorganisationen sind in ihren Aktivitäten fast ausschließlich herkunftslandorientiert. Eine Ausnahme bildet die „Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM)“, die Nachfolgeorganisation der 1993 verbotenen FEYKA-Kurdistan, die sich auch der Belange und Probleme von kurdischen Arbeitsmigranten und Flüchtlingen annimmt und sich gemeinsam mit anderen kurdischen Vereinigungen für die Anerkennung der Kurden als eigenständige Volksgruppe in Deutschland engagiert.⁴⁰

Föderation der (Arbeiter-) Vereine aus Kurdistan in der BRD e.V.
(KOMKAR)

KOMKAR Föderation der (Arbeiter-) Vereine aus Kurdistan in der BRD e.V.

Bunsenstr. 7

51145 Köln

Tel: 02203-93 51 70

Fax: 02203-93 11 26

Scharf gegen die gewalttätigen Aktivitäten der PKK und ihre Teil- und Nebenorganisationen in der Bundesrepublik grenzt sich die „Föderation der (Arbeiter) Vereine aus Kurdistan in der BRD e.V. (KOMKAR)“ ab, die bereits 1979 gegründet wurde und heute 36 Ortsverbände vertritt. Sie versteht sich als Immigrantenvereinigung, ohne jedoch auf grundsätzlich gewaltfreie herkunftslandorientierte Aktivitäten zu verzichten. In ihrer auf die Türkei gerichteten Zielsetzung sieht sie die Separation nur als eine offenzuhaltende Lösungsmög-

³⁹ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutzberichte ab 1993.

⁴⁰ Vgl. die Eigendarstellung der YEK-KOM, in: Medico International/YEK-KOM (Hrsg.), Der Sturz nach oben. Kurden in Deutschland, Frankfurt/M. 1995, S. 9f.

lichkeit des Konflikts an. Die von KOMKAR präferierte Option ist die Gewährung kultureller Autonomie und die Institutionalisierung föderaler politischer Strukturen in der Türkei.⁴¹ In ihrer Migrantpolitik begreift sich die KOMKAR als Interessenvertretung der Kurden mit der Forderung nach gleichen Rechten für die Kurden durch ihre Anerkennung als eigenständige Volksgruppe. Die Organisation hat 1998 einen Zusammenschluß kurdischer Vereinigungen in Europa unter dem Dach der neuen „Föderation kurdischer Organisationen in Europa“ initiiert, in die Dachorganisationen aus 9 europäischen Staaten integriert sind.⁴²

Civata Kurd li Almanya (Kurdische Gemeinde in Deutschland)

Kurdische Gemeinde in Deutschland

Hansaring 37a

50670 Köln

Tel: 0221-130 14 58

Fax: 0221-130 14 59

Als dritte bundesweit organisierte Vereinigung mit 20 Mitgliedervereinen⁴³ ist die „Kurdische Gemeinde in Deutschland e.V.“ zu nennen, die wie KOMKAR versucht, herkunftsland- und integrationsorientierte Aktivitäten gleichzeitig zu verfolgen. Der Verband hat den Anspruch, „einen Beitrag für die politische Lösung der kurdischen Frage auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes zu leisten“ und die Interessen der kurdischen Bevölkerungsgruppe in Deutschland zu vertreten. Entsprechend sind die Arbeitsschwerpunkte als Lobbying in der deutschen Öffentlichkeit, Integrationsmaßnahmen und Identitätspflege definiert.⁴⁴ Er führt zu Fragen wie soziale Leistungen, Staatsbürgerschaft, Aufenthaltsrecht und Asylrecht Projekte mit Unterstützung der EU-Kommission durch.

⁴¹ Vgl., Selbstdarstellung der KOMKAR.

⁴² Angaben des KOMKAR-Vorsitzenden Mustafa Kisabacak.

⁴³ Angaben des Vorsitzenden der „Kurdischen Gemeinde in Deutschland e.V.“ Mehmet Tanriverdi.

⁴⁴ Vgl. Wer wir sind. Was wir tun. Kurdische Gemeinde in Deutschland e.V., Selbstdarstellung.

Gemessen an der PKK sind KOMKAR und die Kurdische Gemeinde in Deutschland nahezu bedeutungslos. Die PKK wird als weitaus einflußreichste und anhängerstärkste Organisation und damit - zumindest im politisierten Teil der kurdischstämmigen Bevölkerung in Deutschland - als einzig wirksame Vertreterin kurdischer Interessen wahrgenommen.⁴⁵

Gemein ist den kurdischen Organisationen, daß sich ihre Aktivitäten zum einen auf die Mobilisierung der kurdischen Bevölkerungsgruppe in Deutschland richten und zum anderen auf die deutsche Politik und Öffentlichkeit, um so auf die staatlichen Stellen in der Türkei zur Lösung des Konfliktes Einfluß zu nehmen. In diesem Sinne arbeiten kurdische Organisationen in enger Kooperation, vor allem wenn es um die Frage des völkerrechtlichen Anerkennung der Kurden in Deutschland geht.

⁴⁵ Vgl., Johannes Meyer-Ingwersen, die kurdische Minderheit, in: Cornelia Schmalz-Jacobsen/Georg Hansen (Hrsg.), a.a.O., S. 310-328, S.326; Gülistan Gürbery, Von der Konfrontation zum Dialog? Perspektiven des Zusammenlebens von Kurden, Türken und Deutschen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 11, 1998, S.1360-1368, S.1362.